



**Informationsveranstaltung der SPD
zur Weiterentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung zur Bürgerversicherung**

Dienstag der 13.Juni 2017 18:30 -20:00 Uhr
Hotel Leyscherhof
August Bungert Allee 9
56599 Leutesdorf

**Referentin: Helga Kühn-Mengel MdB; Beauftragten für die Belange von Patienten und
Pflegebedürftigen der SPD Bundestagsfraktion**

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die gesetzliche Pflegeversicherung verzeichnen eine strukturelle Einnahmeschwäche, die derzeit durch die dauerhaft gute konjunkturelle Entwicklung überlagert wird. Die gesetzliche Krankenversicherung ist geprägt von einer weitreichenden Wachstumsschwäche der Finanzierungsgrundlagen. Daher wurden bereits in den letzten Jahren umfassende Veränderungen beschlossen. Es müssen auch weiterhin Lösungsstrategien gefunden werden, die das Gesundheitswesen mit den bestehenden und kommenden Herausforderungen in Einklang bringen. Die sogenannte Bürgerversicherung stellt nach unserer Ansicht einen solch wegweisenden Reformansatz dar.

Daher besteht die Notwendigkeit eines Übergangs, der u.a. ein befristetes Wahlrecht für Altverträge enthält und die Mitnahme der Altersrückstellungen garantiert.
Deshalb fordern wir:

- die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung,
- die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung,
- die Möglichkeit für Beamte auf Bundesebene über eine Sonderregelung in eine Bürgerversicherung einzutreten,
- dass die Bürgerversicherung auch für Kleinselbstständige bezahlbar sein muss, daher muss die Mindestbemessungsgrundlage abgesenkt werden,
- die Verbeitragung aller Einkommensarten, da die Anteile von Einkommen aus Vermögen immer stärker steigen. Diese Verbeitragung ist über die Finanzbehörden abzuwickeln,
- dass private und gesetzliche Krankenversicherungen einen Bürgerversicherungstarif anbieten müssen, der mindestens den heutigen Leistungsansprüchen entspricht,

Es besteht die Möglichkeit auf der Veranstaltung mit Helga Kühn-Mengel über die von der SPD favorisierte Bürgerversicherung zu diskutieren.